

Pressemeddelelse

Kiel, 14.12.2021

Feuerwerksverbot: SSW-Ratsfraktion fordert flexiblere Vorgaben und mehr Kreativität für Pyrotechnikbranche

Zur Diskussion über die Regelungen für das Feuerwerk zum Jahreswechsel erklärt Marcel Schmidt, Fraktionsvorsitzender der SSW-Ratsfraktion:

„Das Verbot für den Verkauf von Feuerwerkskörpern setzt mindestens auch einen Kieler Betrieb unter Druck. Wir sehen das mit Sorge. Den Wegfall von Arbeitsplätzen kann sich die Landeshauptstadt nicht leisten. Stadt, Land und betroffene Unternehmen sind nun gefordert, alle mögliche Flexibilität zu nutzen, um einen nachhaltigen Weg aus der schwierigen Situation zu finden.

Bis jetzt hat man es allerdings an Flexibilität und Veränderungswillen mangeln lassen. Obwohl die Zeichen der Zeit schon lange in Richtung weniger Feuerwerk zeigen und die Coronapandemie nur ein Wegbeschleuniger ist. Leider haben die Betriebe, die Feuerwerkskörper herstellen, wenig Bemühungen erkennen lassen, ihre Artikel künftig emissionsärmer zu gestalten. Man hätte sich auch über weniger Plastik gefreut. Damit hätte die Branche werben können und es wäre ein guter Schritt auf dem Weg zu neuen, moderneren Feuerwerken gewesen. Ein Weg, der zu weniger und emissionsärmerem Feuerwerk und zu mehr Lasershow und Drohnentechnik führt.

Ähnlich unflexibel zeigt sich leider auch die Landeshauptstadt selbst. Noch im Verlauf der vergangenen Ratsversammlung hat Dezernent Christian Zierau aufgezeigt, wie sich örtliche Feuerwerksverbote richtungsweisend begründen lassen. Denn, so Stadtrat Zierau, neben dem Brandschutz und möglichen Gefährdungslagen könne hier auch der Emissionsschutz greifen. Man müsse das prüfen. Den Auftrag dazu aber hat die Mehrheit der Ratsversammlung in hohem Bogen verworfen - warum eigentlich? Anstelle eines Signals an die

Gesellschaft und an die Hersteller von Feuerwerkskörpern hat man die Diskussion eingefroren und in dieser Frage Stillstand gepredigt. So an der falschen Stelle Hoffnung zu machen, ist politisch nicht klug.

Zwar denken manche, sie könnten auf den Bund zeigen und sich herausreden, hat der Bund sich in der Vergangenheit doch ebenso wenig flexibel verhalten. Den Betrieben wird das aber nicht helfen. Im Ergebnis wird eine gesamte Branche gefährdet, weil sich bisher weder Bund, noch Land oder Stadt oder die Gesellschaft zu klaren Signalen durchringen konnten, die geeignet wären, den Unternehmen einen Weg in die Zukunft aufzuzeigen."